

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einleitung.....	1
I. Gegenstand der Untersuchung	1
II. Gang der Darstellung	6
III. Begriffsklarstellung.....	7
Kapitel 1: Grundlagen	9
I. Die Singularität des § 83 Abs. 2 AktG.....	9
II. Die rechtshistorische Entwicklung zur kodifizierten Ausführungspflicht.....	12
III. Hierarchische Unterordnung des Vorstands bei der Beschlussausführung.....	21
IV. Die Ausführungspflicht im Verhältnis zur Weisung	30
V. Ergebnisse.....	34
Kapitel 2: Die Reichweite der Ausführungspflicht.....	37
I. Einleitung.....	37
II. Die Zuständigkeiten der Hauptversammlung im Lichte der Ausführungspflicht.....	39
III. Besonderheiten bei einzelnen Hauptversammlungskompetenzen	69
IV. Ergebnisse.....	95
Kapitel 3: Inhärente Grenzen der Ausführungspflicht	101
I. Einleitung.....	101
II. Der Meinungsstreit über inhärente Grenzen der Ausführungspflicht.....	102
III. Auf der Suche nach inhärenten Grenzen der Ausführungspflicht	112
IV. Der Konflikt mit der Legalitätspflicht	134

V.	Der Konflikt mit der Schadensabwehrpflicht	153
VI.	Der Umgang mit einer Pflichtenkollision	155
VII.	Ergebnisse.....	176
 Kapitel 4: Rechtliche Unsicherheit über die Ausführungspflicht.....		181
I.	Einleitung.....	181
II.	Vermeidung des Konflikts	182
III.	Beschlussausführung vor gerichtlicher Klärung.....	186
IV.	Ergebnisse.....	197
 Kapitel 5: Praktische Folgen		201
I.	Einleitung.....	201
II.	Allgemeines.....	201
III.	Der Umgang mit rechtmäßigen und bestandskräftigen Beschlüssen	215
IV.	Der Umgang mit rechtswidrigen Beschlüssen	224
V.	Besonderheiten bei unklarer Rechtslage	228
VI.	Ergebnisse.....	229
 Kapitel 6: Rechtsfolgen von Pflichtverletzungen		233
I.	Staatliche Sanktionen	233
II.	Reaktionen des Aufsichtsrats	234
III.	Gesellschafterklagen	241
IV.	Ergebnisse.....	245
 Resumé.....		247
Literaturverzeichnis.....		251

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einleitung.....	1
I. Gegenstand der Untersuchung	1
1. Ein Beispiel.....	1
2. Bisherige Literatur zum Thema	3
3. Ziele der Untersuchung	4
4. Grenzen der Untersuchung.....	6
II. Gang der Darstellung	6
III. Begriffsklarstellung.....	7
Kapitel 1: Grundlagen	9
I. Die Singularität des § 83 Abs. 2 AktG.....	9
1. Die Kodifizierung der allgemeinen Ausführungspflicht in § 83 Abs. 2 AktG und die <i>leges speciales</i>	9
2. Keine gleichartigen Vorschriften zu anderen juristischen Personen	10
II. Die rechtshistorische Entwicklung zur kodifizierten Ausführungspflicht.....	12
1. Der Meinungsstreit vor dem AktG über die Ausführungspflicht	12
a. Die Bedenken v. <i>Godins</i> gegen eine Ausführungspflicht	12
b. Erwiderung auf v. <i>Godin</i>	13
c. Die Fortführung der Bedenken v. <i>Godins</i> in v. Godin/Wilhelmi.....	14
d. Schlussfolgerungen aus dem Meinungsstreit.....	15
2. Die Entwicklung des Verhältnisses von Vorstand und Hauptversammlung	17
a. Ausgangspunkt: Die Generalversammlung als Willensorgan, der Vorstand als Ausführungsorgan.....	17
b. Die Machtverschiebung zugunsten des Vorstands durch das AktG 1937.....	19

3.	Zwischenfazit.....	20
III.	Hierarchische Unterordnung des Vorstands bei der Beschlussausführung.....	21
1.	Gesetzliche Verteilung der Organzuständigkeiten.....	21
2.	Die Zentralisierung der Leitung und Geschäftsführung beim Vorstand	23
3.	Heterogenität und Handlungsdefizit der Hauptversammlung	25
4.	§ 83 Abs. 2 AktG als Schnittstelle zwischen Vorstand und Hauptversammlung	27
5.	Die hierarchische Unterordnung des Vorstands im Bereich der Ausführungspflicht.....	27
6.	Kein Absehen von der Beschlussausführung aus Gründen der Zweckmäßigkeit.....	28
7.	Gestaltungsspielräume bei der Beschlussausführung	29
8.	Auswirkungen auf die Haftung	30
IV.	Die Ausführungspflicht im Verhältnis zur Weisung	30
1.	Parallelen und Unterschiede.....	30
2.	Weisungen im Rahmen der Beschlussausführung.....	32
V.	Ergebnisse.....	34
Kapitel 2: Die Reichweite der Ausführungspflicht		37
I.	Einleitung.....	37
II.	Die Zuständigkeiten der Hauptversammlung im Lichte der Ausführungspflicht.....	39
I.	Beschließende und beschlusslose Tätigkeit	39
a.	Keine Ausführungspflicht bei beschlussloser Tätigkeit	39
b.	Das Vorliegen eines Hauptversammlungsbeschlusses	42
aa.	Entstehung durch Feststellung des Versammlungsleiters.....	43
bb.	Entstehung durch rechtskräftiges Feststellungsurteil.....	47
cc.	Entstehung durch notarielle Beurkundung.....	47
dd.	Zwischenfazit.....	48
2.	Ausführungsbedürftige und nicht ausführungsbedürftige Beschlüsse.....	48

a.	Der Begriff der Ausführungshandlung	49
b.	Bindungen und Freiheiten bei der Bestimmung der Ausführungshandlung	51
c.	Nicht ausführungsbedürftige Beschlüsse.....	52
aa.	Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern	52
bb.	Gewinnverwendungsbeschluss	53
cc.	Entlastung.....	53
dd.	Say on pay.....	54
ee.	Vertrauensentzug.....	54
ff.	Feststellung des Jahresabschlusses	55
gg.	Auflösung der Gesellschaft.....	56
d.	Zwischenfazit....	56
3.	Besonderheiten bei der Beschlussausführung.....	56
a.	Die Ausführung durch andere Personen als den Vorstand	57
aa.	Wahl und Abwahl von Aufsichtsratsmitgliedern.....	57
bb.	Bestellung von Abschlussprüfern	58
cc.	Bestellung von Sonderprüfern.....	59
(1)	Der Meinungsstreit.....	59
(2)	Stellungnahme.....	60
dd.	Kapitalmaßnahmen	61
(1)	Anmeldung des Beschlusses	62
(2)	Anmeldung der Durchführung	65
(3)	Die Vertretungsbefugnis des Aufsichtsratsvorsitzenden	66
ee.	Geltendmachung von Ersatzansprüchen	66
ff.	Beschlussausführung nach Abwicklung	66
gg.	Zwischenfazit....	67
b.	Ermessensspielräume bei der Beschlussumsetzung.....	67
aa.	Vertrauensentzug.....	68
bb.	Ermächtigungsbeschlüsse	68
cc.	Beschlussausführung und Nutzung von Ermessensspielräumen	68

4. Regelfälle der Ausführungspflicht	69
III. Besonderheiten bei einzelnen Hauptversammlungskompetenzen	69
1. Beschlüsse nach § 119 Abs. 2 AktG über Geschäftsführungsfragen	69
a. H.M.: Bindung des Vorstands	69
b. Gegenmeinung: Keine Bindung des Vorstands	70
c. Stellungnahme	71
aa. Wiederaufleben eines alten Streits	71
bb. § 119 Abs. 2 AktG: Entscheidungshoheit statt Haftungsbefreiung	72
cc. Haftungsbefreiung als Nebenfolge	74
2. Die Ausführung von Zustimmungsbeschlüssen	74
a. Das Ausführungsproblem bei Zustimmungsbeschlüssen	74
b. Ausführungskonstellationen	75
aa. Besondere Ausführungshandlungen bei Zustimmungsbeschlüssen	75
bb. Einwilligung in einen Vertragsentwurf	76
c. Der Umfang der Bindungswirkung bei Zustimmungsbeschlüssen	79
aa. Zustimmungspflichtige Unternehmensverträge und Übertragungsverträge i.S.v. § 179a AktG	79
(1) Verantwortung der Hauptversammlung für Abschluss und Inhalt	79
(2) Die Relevanz von § 83 Abs. 1 AktG in diesem Zusammenhang	80
(3) Folge: Ausführungspflicht	81
(4) Auswirkungen auf die Haftung des Vorstands	82
bb. Zustimmungsbeschlüsse auf Verlangen des Vorstands	84
(1) Zustimmungsbeschlüsse nach § 119 Abs. 2 AktG	84
(2) Ersetzung der Zustimmung des Aufsichtsrats	85
(3) Auswirkungen auf die Haftung	86
cc. „Holzmüller“-Fälle	88
3. „Bis-zu“-Kapitalerhöhungsbeschlüsse	90
4. Abgelehnte Beschlussvorschläge und negative Beschlüsse	92
a. Meinungsstand zur Ausführung negativer Beschlüsse	92
b. Die Unterscheidung von formell und materiell negativen Beschlüssen	93

c.	Keine Beschlussausführung bei materiell negativen Beschlüssen	93
d.	Beachtung formell negativer Beschlüsse	94
IV.	Ergebnisse.....	95
Kapitel 3: Inhärente Grenzen der Ausführungspflicht 101		
I.	Einleitung.....	101
II.	Der Meinungsstreit über inhärente Grenzen der Ausführungspflicht..... 102	
1.	Meinung 1: Uneingeschränkte Ausführungspflicht auch bei nichtigen Beschlüssen.....	102
2.	Meinung 2: Pflicht zur Ausführung anfechtbarer bzw. angefochtener Beschlüsse.....	103
a.	Einschränkung 1: Hinweis auf Bedenken	103
b.	Einschränkung 2: Keine Schuld des Vorstands für Anfechtbarkeit	104
c.	Einschränkung 3: Keine Ausführungspflicht bei Anfechtungsklage des Vorstands.....	104
3.	H.M.: Beschränkung der Ausführungspflicht auf gesetzmäßige Beschlüsse.....	104
a.	Hauptargument: <i>e contrario</i> § 93 Abs. 4 Satz 1 AktG	105
b.	Argument 2: Keine Rechtswirkungen nichtiger Beschlüsse.....	106
c.	Argument 3: Unterscheidung zwischen anfechtbaren und nicht mehr anfechtbaren Beschlüssen geboten.....	106
d.	Argument 4: Anerkannter Unterlassungsanspruch gegen die Ausführung anfechtbarer Beschlüsse.....	106
e.	Argument 5: Vorstandspflicht zur Wahrung der Gesetz- und Satzungsmäßigkeit	107
4.	Meinung 4: Berücksichtigung einer subjektiven Bewertung der Rechtslage beim Umfang der Ausführungspflicht.....	107
a.	Perspektive 1: Bewertung der Rechtmäßigkeit des Beschlusses durch den Vorstand.....	107
aa.	Kriterium 1: Eigene Überzeugung des Vorstands	107
bb.	Kriterium 2: Evidenz der Rechtswidrigkeit für den Vorstand	108
cc.	Kriterium 2: Zweifel des Vorstands an der Rechtmäßigkeit	108

b.	Perspektive 2: Prüfung der Erfolgsaussichten einer Anfechtungsklage ...	109
aa.	Kriterium 1: Ausführungspflicht bei offensichtlich unbegründeter Anfechtungsklage.....	109
bb.	Kriterium 2: Keine Ausführungspflicht bei nicht aussichtsloser Klage ...	109
c.	Ermessensentscheidung des Vorstands.....	109
d.	Argumente der h.M. gegen die Berücksichtigung einer subjektiven Bewertung der Rechtslage.....	111
III.	Auf der Suche nach inhärenten Grenzen der Ausführungspflicht	112
1.	Die geringe Aussagekraft des § 93 Abs. 4 Satz 1 AktG	112
a.	Eine Prämisse und zwei Thesen.....	112
b.	Keine Stütze der Thesen im Wortlaut.....	113
c.	Begrenzte Aussagekraft des Umkehrschlusses	113
d.	Geringer Anwendungsbereich des § 93 Abs. 4 Satz 1 AktG	114
e.	Das Problem des § 93 Abs. 5 Satz 3 AktG	115
f.	Rechtshistorischer Hintergrund von § 93 Abs. 4 Satz 1 und Abs. 5 Satz 3 AktG.....	117
aa.	Vor 1938 keine Haftung gegenüber der Gesellschaft für die Ausführung gesetzwidriger Generalversammlungsbeschlüsse.....	117
bb.	Einschränkung des Haftungsausschlusses durch das AktG 1937	119
g.	Mangelnde Praxistauglichkeit der h.M.	120
h.	Zwischenergebnis.....	121
2.	Erste Grenze der Ausführungspflicht: Unwirksamkeit unheilbar nichtiger Beschlüsse.....	122
a.	Keine wirksame Ausführungspflicht bei unheilbar nichtigen Beschlüssen.....	122
aa.	Keine Abstraktion der Ausführungspflicht durch § 83 Abs. 2 AktG	122
(1)	Systematische und historische Argumente	123
(2)	Keine überwiegenden Gründe für eine abstrakte Ausführungspflicht.....	123
bb.	Kein Recht zur Ausführung eines unheilbar nichtigen Beschlusses?.....	124
b.	Das Problem wirksamer nichtiger Beschlüsse	124
aa.	Recht oder Pflicht zur Herbeiführung der Heilung.....	125

bb.	Wirksame Ausführungshandlungen	126
c.	Die Wirksamkeit anfechtbarer Beschlüsse	127
3.	Die Ausführungspflicht und die Struktur des Beschlussmängelrechts....	129
4.	Zweite Grenze der Ausführungspflicht: Die kollidierende Legalitätspflicht des Vorstands	130
a.	Inspiration durch den BGH	130
aa.	Die Entscheidung BGH DVBl. 1959, 623	130
bb.	Einwendungen gegen BGH DVBl. 1959, 623	132
b.	Die Entscheidung BGHZ 110, 323	133
5.	Die Kollision zwischen Legalitätspflicht und Ausführungspflicht.....	133
IV.	Der Konflikt mit der Legalitätspflicht	134
1.	Die zwei Seiten der Legalitätspflicht	135
2.	Verletzung der Legalitätspflicht.....	137
a.	Ausführungshandlung ohne Beschlussgrundlage	137
b.	Unterlassene Beschlussausführung	138
3.	Kein Kompetenzverstoß bei Ausführung bestandskräftiger und geheilter Beschlüsse	138
a.	Ablauf der Anfechtungsfrist ohne Klage	139
b.	Bestandskräftiger Bestätigungsbeschluss	140
c.	Heilung nichtiger Beschlüsse.....	140
aa.	Der Meinungsstreit über die Heilungswirkung.....	140
bb.	Stellungnahme	142
d.	Bestandskraft nach erfolgreichem Freigabeverfahren	143
e.	Zwischenfazit...	143
4.	Verletzung der Legalitätspflicht durch rechtswidrige Ausführungshandlungen	144
5.	Die Reichweite der Anfechtungspflicht.....	144
a.	Die Verantwortung des Vorstands für die Rechtmäßigkeit des Handelns anderer Organe	145
b.	H.M.: Anfechtungspflicht nur in Einzelfällen	145
c.	Die Annahme einer allgemeinen Anfechtungspflicht.....	147

d.	Stellungnahme	148
aa.	Keine Anfechtungspflicht aufgrund bloßer Anfechtbarkeit	148
bb.	Fallgruppen der Anfechtungspflicht	150
cc.	Uneingeschränktes Anfechtungsrecht	152
6.	Pflicht zur Anregung einer Amtslösung	152
7.	Zwischenfazit	153
V.	Der Konflikt mit der Schadensabwehrpflicht	153
VI.	Der Umgang mit einer Pflichtenkollision	155
1.	Definition einer Pflichtenkollision	156
2.	Fälle von Pflichtenkollisionen im Gesellschaftsrecht	159
a.	Ausführungspflicht und Legalitätspflicht	159
b.	Massesicherung und Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen	160
aa.	Der Konflikt	160
bb.	Die Entwicklung der Rechtsprechung	161
(1)	II. Zivilsenat zunächst: Vorrang der Massesicherung	161
(2)	5. Strafsenat: Vorrang des Strafrechts	162
(3)	Das Einlenken des II. Zivilsenats und die weitere Entwicklung	163
c.	Abkauf von Anfechtungsklagen zur Abwehr schwerer Schäden	164
d.	Schlussfolgerung	166
aa.	Auflösung der Pflichtenkollision durch Vorrang einer Pflicht	166
bb.	Die Bestimmung des Vorrangs	167
cc.	Justizierbarkeit der Vorrangbestimmung	169
dd.	Obliegenheit zur Konfliktvermeidung	170
3.	Bisherige Diskussionen über die Legalitätspflicht	171
a.	Der allgemeine Vorrang der Legalitätspflicht	171
b.	Anerkannte Grenzen der Legalitätspflicht	171
4.	Schlussfolgerungen für die Pflichtenkollision zwischen Ausführungspflicht und Legalitätspflicht	172
a.	Grundfall der Pflichtenkollision	172
b.	Auflösung der Pflichtenkollision zugunsten der Legalitätspflicht	172

c.	Wirkung der Pflichtenkollision	172
d.	Zusammenfassung des hier vertretenen Konzepts	173
e.	Das Verhältnis der hier vertretenen Meinung zur h.M.	173
5.	Schlussfolgerungen für die Pflichtenkollision zwischen Ausführungspflicht und Schadensabwehrpflicht	175
a.	Auflösung zugunsten der Ausführungspflicht	175
b.	Auflösung zugunsten der Schadensabwehrpflicht	175
VII.	Ergebnisse.....	176
 Kapitel 4: Rechtliche Unsicherheit über die Ausführungspflicht		181
I.	Einleitung.....	181
II.	Vermeidung des Konflikts	182
1.	Durch verzögerte Beschlussausführung.....	182
2.	Durch Herbeiführung einer vorläufigen gerichtlichen Klärung	183
3.	Stellungnahme	184
a.	Das Abwarten als Frage der Unverzüglichkeit	184
b.	Pflicht des Vorstands zur Herbeiführung einer vorläufigen gerichtlichen Klärung.....	184
III.	Beschlussausführung vor gerichtlicher Klärung	186
1.	Ansätze der Literatur.....	186
a.	Lösung 1: Kein Verschulden bei maßgeblicher objektiver Rechtslage....	186
b.	Lösung 2: Maßgeblichkeit der Bewertung durch den Vorstand	187
c.	Lösung 3: Evidenz der Rechtslage.....	187
d.	Lösung 4: Interessenabwägung	187
e.	Lösung 5: Anwendung der Business Judgement Rule.....	188
2.	Äußerungen des BGH	190
a.	Die Entscheidung BGHZ 131, 346	190
b.	„ARAG/Garmenbeck“	191
3.	Stellungnahme	192
a.	Das Ideal des sorgfältigsten und gewissenhaftesten Geschäftsleiters	192

b.	Die Ausführungshandlung als „unternehmerische Entscheidung“	192
c.	Objektive Sorgfaltspflichtverletzung und Verschulden.....	194
d.	Die Lösung der Ausführungspflicht vom Hauptversammlungsbeschluss	195
e.	Keine Verletzung der Legalitätspflicht bei unklarer Rechtslage	196
f.	Rechtsirrtum der Gesellschaft – Rechtsirrtum des Vorstands	197
IV.	Ergebnisse.....	197
 Kapitel 5: Praktische Folgen.....		201
I.	Einleitung.....	201
II.	Allgemeines.....	201
1.	Delegierbarkeit der Beschlussausführung.....	201
2.	Zustimmungsvorbehalte des Aufsichtsrats für die Beschlussausführung	205
3.	Die Umfang der rechtlichen Prüfung	206
a.	Keine Berücksichtigung „aller“ Informationen erforderlich	207
b.	Die Einzelfallabhängigkeit der angemessenen Informationsbasis.....	208
c.	Pflicht zur Einholung eines Rechtsrats	209
d.	Pflicht zur Kontrolle des Rechtsrats.....	211
4.	Exkurs: Die Ausführungspflicht im Konzern	212
a.	Vertragskonzern	212
b.	Faktischer Konzern	214
III.	Der Umgang mit rechtmäßigen und bestandskräftigen Beschlüssen	215
1.	Die vorzunehmende Ausführungshandlung.....	215
2.	Unverzüglichkeit der Ausführung.....	215
3.	„Ablauf“ von Hauptversammlungsbeschlüssen.....	216
4.	Wesentliche Änderung der Umstände nach Beschlussfassung.....	218
5.	Pflichtwidrige Herbeiführung der Bestandskraft.....	219
a.	Ausführungspflicht ohne Haftungsbefreiung.....	220
b.	Haftungsreduktion nach § 254 BGB.....	221

6.	Der Umgang mit Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen von Aktionären.....	221
a.	Verhalten gegenüber dem Handelsregister	221
aa.	Anmeldepflicht.....	221
bb.	Verfahrensförderungspflicht	222
cc.	Hinweisrecht.....	222
dd.	Unzulässigkeit einer Verfahrensverzögerung	222
b.	Verhalten im Anfechtungsprozess	223
aa.	Verteidigungspflicht.....	223
bb.	Keine Anerkenntnisbefugnis	223
cc.	Grenzen der Verteidigungspflicht.....	223
dd.	Vergleichsbefugnis.....	224
IV.	Der Umgang mit rechtswidrigen Beschlüssen.....	224
1.	Verweigerung der Beschlussausführung.....	224
2.	Anfechtungs- oder Nichtigkeitsklage des Vorstands	224
3.	Der Umgang mit Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen von Aktionären.....	225
a.	Anerkenntnis der Klagen.....	225
aa.	Der Meinungsstreit über die Anerkenntnisbefugnis	225
bb.	Stellungnahme.....	226
b.	Verzicht auf Rechtsmittel.....	227
V.	Besonderheiten bei unklarer Rechtslage	228
1.	Vermeidung des Konflikts, Herbeiführung einer gerichtlichen Klärung.....	228
2.	Beschlussausführung vor gerichtlicher Klärung	228
3.	Der Umgang mit Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen von Aktionären.....	229
a.	Gegenüber dem Handelsregister	229
b.	Verhalten im Prozess.....	229
VI.	Ergebnisse.....	229

Kapitel 6: Rechtsfolgen von Pflichtverletzungen.....	233
I. Staatliche Sanktionen	233
1. Kein Ordnungs- oder Zwangsgeld bei unterlassener Beschlussausführung.....	233
2. Sanktionen bei fehlerhafter Beschlussausführung	233
II. Reaktionen des Aufsichtsrats	234
1. Abberufung aus wichtigem Grund.....	234
2. Geltendmachung von Schadensersatz.....	235
a. Anknüpfungspunkt: Pflichtwidriges Handeln.....	235
b. Inhalt des Schadensersatzanspruchs.....	236
3. Gerichtliche Durchsetzung der Ausführungspflicht	237
a. Die umstrittene Zulässigkeit eines Organstreits	237
b. Stellungnahme	238
aa. Geringes praktisches Bedürfnis.....	238
bb. Überwindbare konstruktive Hürden.....	239
cc. Das materiell-rechtspolitische Kernproblem	239
c. Ziele einer Klage	240
III. Gesellschafterklagen	241
1. Verbliebene Relevanz eines alten Meinungsstreits.....	241
2. Primat der speziellen aktienrechtlichen Rechtsbehelfe.....	241
3. Dogmatisches Fundament	241
4. Klage auf Unterlassung einer rechtswidrigen Beschlussausführung	243
5. Schadensersatz	243
6. Erfüllung	244
IV. Ergebnisse.....	245
Resumé.....	247
Literaturverzeichnis.....	251